Impressum

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **22 (1995)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

INHALT

Forum

Die Krise der Bundesfinanzen 4

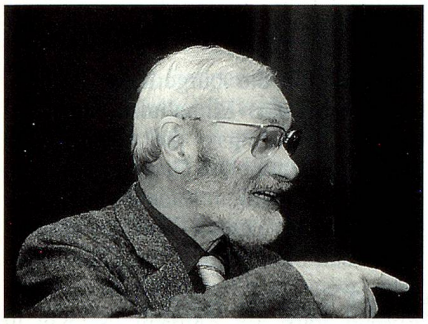
Offizielles

So wählen Sie 9

Politik

Parteien im Porträt: SVP und LPS 11

Kultur



Zum Tod von Max Bill 13

Titelbild

Angesichts der Überschuldung von Bund, Kantonen und Gemeinden ist das Sparschwein in aller Munde. Aus welcher Schatulle es allerdings gefüttert werden soll, bleibt umstritten. (Foto: Michael Stahl)

IMPRESSUM

Die Schweizer Revue, Zeitschrift für die Auslandschweizer, erscheint im 22. Jahrgang in deutscher, französischer, italienischer, englischer und spanischer Sprache in mehr als 20 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von über 310 000 Exemplaren. Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr.

Redaktion: René Lenzin (RL), Auslandschweizer-Sekretariat (Leitung); Alice Baumann (AB), Pressebüro Alice Baumann Conception; Pierre-André Tschanz (PAT), Schweizer Radio International; Giuseppe Rusconi (RUS), Bundeshausredaktor. Redaktor der offiziellen Mitteilungen: Paul Andermatt (ANP), Auslandschweizerdienst EDA, CH-3003 Bern. Übersetzung: Ines Meili Ott.

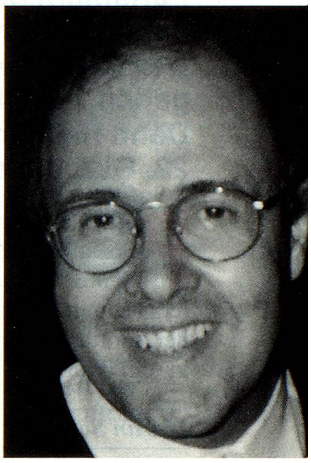
Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inserateadministration: Auslandschweizer-Sekretariat, Alpenstrasse 26, CH-3000 Bern 16, Tel. +41 31 351 61 10, Fax +41 31 351 61 50, PC 30-6768-9. Druck: Buri Druck AG, CH-3001 Bern.

«Und in der Politik und bei den Behörden erhob sich ein Schrei: «Wir haben kein Geld mehr. Die Kassen sind leer. Jetzt heisst es sparen, die Ausgaben vermindern und auf zahlreiche Subventionen verzichten!» Wo war und ist solches zu hören (und wird wieder zu hören sein)? Bestimmt in einem Land mit gravierenden finanziellen Problemen, vermutlich aus einer entlegenen Ecke der Dritten Welt. Aber nein, so tönte und tönt es in der Schweiz (und wird es auch weiterhin tönen). Wie ist das möglich? Ist die Schweiz nicht die Hüterin der Schätze der Welt? Ist sie nicht das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen? Sind die Gnomen von der Zürcher Bahnhofstrasse etwa ausgestorben? Oder sind die Schweizerinnen und Schweizer, die man allseits für Ameisen hielt, etwa Grillen geworden?

Die Realität ist viel einfacher. Im Vergleich mit den meisten Staaten ist die Schweiz nach wie vor sehr reich. Doch wie fast alle Länder des Westens sieht auch sie sich mit neuen, komplexeren Problemen konfrontiert als in der Vergangenheit. Diese rühren beispielsweise von der wirtschaftlichen Rezession und der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung her.

Etwas vereinfacht ausgedrückt, fliesst weniger Geld in die Kassen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden und es entstehen gleichzeitig mehr Ausgaben: Es gibt gut 150 000 Arbeitslose, für die gesorgt sein muss, und die Zahl der Beschäftigten ist tendenziell rückläufig, was weniger Einnahmen für die AHV zur Folge hat; gleichzeitig steigt die Zahl der Pensionierten, die ihre wohlverdiente Altersrente beziehen. Dazu kommt, dass der Staat in den letzten Jahren neue Aufgaben übernommen hat, etwa im Umweltschutz oder im Sozial- und Bildungsbereich. Dass der Bundeshaushalt darunter zu leiden hat, ist begreiflich. Ebenso die ständigen Sparappelle, die manchmal fast wie Drohungen klingen.

Die diesjährigen Finanzdebatten des Parlamentes haben jedoch deutlich gezeigt, dass der Sparwille nicht so heftig ist, wie die lautstarken Rufe nach Sparmassnahmen es hätten annehmen lassen. Schon gar nicht in einem Jahr, das im Oktober mit den eidgenössischen Wahlen seinen politischen Höhepunkt erreichen wird. Dabei hätte die Sondersession im Januar eigentlich ganz im Zeichen der Sanierung der Bundesfinanzen stehen sollen. Das Ergebnis? Der Nationalrat hat einen guten Teil der Sanierungsvorschläge zurückgewiesen, und im Ständerat wurde die Debatte sogar auf den März verschoben. Woraus geschlossen werden kann, dass allein schon der Gedanke an Wahlen auf die politische Klasse weltweit die gleichen Wirkungen hat – auch im sogenannten Sonderfall Schweiz, der es in dieser Hinsicht gar nicht ist.



Es liegt auf der Hand, dass Steuererhöhungen und höhere Zollabgaben in einer Rezessionsphase eine heikle Angelegenheit sind, vor allem wenn sich die Bürgerinnen und Bürger subjektiv bereits schikaniert fühlen (und die Gewinne der Banken kennen). Subventionskürzungen sind ebenfalls kein gangbarer Weg, insbesondere, wenn sie mit einem Sozialabbau verbunden sind.

Was diejenigen wollen, die zum Sparen aufrufen, sind vielmehr drastische Kürzungen in Bereichen, wo Ausgaben nicht unbedingt notwendig sind. Zum Leidwesen der Staatskasse ist es aber meistens so, dass das Konzept der «absolut notwendigen Ausgaben» sehr grosszügig interpretiert wird und es immer eine Interessengruppe gibt, die es mit Nachdruck – und nicht immer mit zwingenden Gründen – in Anspruch nimmt. In solchen Fällen senken die Politiker die Augen und dämpfen ihren Sparwillen, denn Wählerstimmen stinken genauso wenig wie Geld.

Die Geschichte ist so alt wie die Welt, und sich darüber aufzuregen ist nutzlos. Wie es auch zu nichts führt, das Geld zu verteufeln, denn Geld an sich ist nichts Schlechtes. Schlecht kann nur seine Verwendung sein, wie es der römische Philosoph Lucius Annaeus Seneca ausgedrückt hat: «Divitiae enim apud sapientem virum in servitute sunt, apud stultum in imperio» – Reichtümer dienen dem Weisen, den Dummen befehligen sie.»

Giuseppe Rusconi